

# Newsletter Nummer 20 - März 2017

---

## Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Das Jahr 2017 ist bereits einige Wochen alt. Gleichwohl möchte ich Ihnen mit dem ersten Newsletter in diesen Jahr auf diesem Weg noch ein gutes Jahr mit vielen spannenden Momenten wünschen.

Das konkrete Kümmern um die Probleme der Menschen ist das wirksamste Rezept, um populistischen Strömungen zu begegnen. Dass wir uns um die Belange der Menschen kümmern, das zeigt auch die jüngste Wahlumfrage der Universität Hamburg, bei der die SPD 48 Prozent erreichen würde, wären aktuell Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft. 75 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger sind mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz zufrieden oder sehr zufrieden. Das ist ein sehr ordentliches Zwischenzeugnis für die Politik, die unsere Handschrift trägt. Hoffen wir, dass wir diesen Schwung zur Wahl des Deutschen Bundestags mitnehmen können, und somit die Populisten in Schach halten und für die SPD ein gutes Ergebnis erzielen können.

Zum Ende des vergangenen Jahres hat die Bürgerschaft noch den Haushalt für die Jahre 2017/2018 beschlossen und damit die Weichen für die beiden Jahre gestellt. Der 11. Januar 2017 wird ganz bestimmt in die Geschichtsbücher der Stadt eingehen: Nach knapp zehnjähriger Bauzeit wurde feierlich die Elbphilharmonie eröffnet.

Diese und weitere Themen sind Inhalt meines Newsletters. Ich wünsche viel Vergnügen beim Lesen!

Herzlichst

Ihr und Euer

Frank Schmitt

## Hamburger Westen

### Gesunde Schule 2015/16

#### „Möhre“ für Lurup

Für die Gesundheit von Schülern und Schülerinnen kann bereits in der Schule Vieles getan werden: Eine Akustikdämmung in der Pausenhalle, ein Gewaltpräventionsprojekt, Küchenkonferenzen, gemeinsames Speisen mit Senioreninnen und Senioren, ein Niedrigseilgarten und Slacklines (Trendsportart ähnlich dem Seiltanzen) auf dem Schulhof oder ein individuelles Lerncoaching sind nur eine kleine Auswahl an Aktivitäten und Projekten zur Gesundheitsförderung an Hamburger Schulen. Ende November wurden 25 Schulen mit dem Label „Gesunde Schule 2015/2016“ ausgezeichnet. Das Motto der inzwischen 18. Ausschreibung: „Gesunde Schule – den ganzen Tag!“ Frank Schmitt gratuliert der Stadtteilschule Lurup ganz herzlich zur Auszeichnung: „Bereits zum zehnten Mal wurde die Stadtteilschule Lurup als ‚Gesunde Schule – den ganzen Tag!‘ ausgezeichnet. Es zeigt die Verantwortung der Schule, sich mit Zielen einer gesunden Lebensweise auseinanderzusetzen. Für dieses Engagement bedanke ich mich bei allen Beteiligten.“ Für die Auszeichnung gab es eine „Goldene Möhre“.

## **Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein**

### **Erleichterung für Familien bei der Schulwahl**

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben ein Gastschulabkommen vereinbart. Dazu Frank Schmitt: „Das Abkommen unterstreicht das enge und vertrauensvolle Verhältnis zu unseren Nachbarn. Insbesondere wird damit dem Umstand Rechnung getragen, dass die Metropolregion längst über jeweilige Stadt- und Landesgrenzen hinausgeht. Wo diese Grenze im Alltag keine Rolle spielt, stellt sie bei der Schulwahl bislang jedoch oftmals eine deutliche Hürde dar, weil die Wunschschule oder örtlich nähere Schule im anderen Bundesland liegt. Diese Hürde wird nun beseitigt.“ Die freie Schulwahl ist insbesondere in Lurup, Rissen, Sülldorf und Blankenese beziehungsweise den angrenzenden Gemeinden Schenefeld, Halstenbek und Wedel eine enorme Erleichterung und schafft gleichzeitig mehr Transparenz.

Das Gastschulabkommen sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler beider Bundesländer nach der vierten und zehnten Klasse frei wählen können, in welchem Bundesland sie eine weiterführende Schule besuchen wollen. Für die übrigen Klassenstufen gelten weiterhin die bisherigen Härtefallregelungen. „Nachteile für Schülerinnen und Schüler werden dadurch nicht entstehen. Für besonders stark angewählte Schulen gilt eine sogenannte Landeskinderverordnung. Es ist ferner gut und richtig, dass sich beide Länder darauf verständigt haben, nach zwei Jahren die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen zu analysieren und auch hinsichtlich möglicher Anpassungsbedarfe zu bewerten“ so Frank Schmitt. Dies gilt auch für finanzielle Ausgleichsregelungen.

## **Begegnungen beim Sommerfest**

### **Bezirksamtsleiterin Dr. Liane Melzer zu Besuch**

Gut besucht war das diesjährige Sommerfest. Trotz wechselhaften Wetters folgten zum Ende der parlamentarischen Sommerpause viele Menschen der Einladung. Unter anderen fanden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Stadtteilen, Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, Abgeordnete aus anderen Parlamenten und Parteifreundinnen und -freunde den Weg in das Abgeordnetenbüro, um sich in lockerer Atmosphäre über politische Themen auszutauschen. Besonders gefreut hat sich der Gastgeber über den Besuch der Altonaer Bezirksamtsleiterin, Dr. Liane Melzer, die an die Gäste ein Grußwort gesprochen hat.

## **Rot-grün hat Antrag Integrationsfonds für Bezirke beschlossen**

### **Bürgerhaus Bornheide soll bis zu 36.350 Euro erhalten**

Das Bürgerhaus Bornheide soll für die Koordination der Flüchtlingsarbeit bis zu 36.350 Euro aus dem Integrationsfonds erhalten. „Damit soll am Bürgerhaus Bornheide eine halbe Stelle für die Koordination der Angebote für Geflüchtete und Einheimische finanziert werden, um die integrativen Angebote vor Ort zu stärken“, sagt Frank Schmitt, der sich für die Unterstützung des Bürgerhauses eingesetzt hat.

Die Bürgerschaft und der Senat unternehmen vielfältigste Anstrengungen, um die Integration der in Hamburg lebenden Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten konsequent voranzubringen – stets in guter Nachbarschaft und im guten Miteinander von alteingesessenen und neu hinzukommenden Hamburgerinnen und Hamburgern. Die Maßnahmen haben immer auch zum Ziel, das soziale Leben und die Lebensqualität in Hamburg insgesamt sowie in den Quartieren und Stadtteilen noch besser zu machen. Die Integration in Hamburg ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Erfolg insbesondere von der Arbeit in den Stadtteilen und Quartieren abhängt. Integration setzt gegenseitiges Verständnis und Kennenlernen voraus. Daher ist es wichtig, verteilt über das gesamte Stadtgebiet Begegnungsanlässe und -räume zu schaffen, in denen Menschen aus der unmittelbaren Umgebung und die Neuzugezogenen aufeinandertreffen und miteinander

in Kontakt kommen. Durch die Unterstützung zahlreicher Projekte in den Bereichen Bildung, Spracherwerb und Integration in Arbeit und Ausbildung, durch die Förderung von Beratungsangeboten, Patenschaften, Frauenarbeit und der Begegnung in Sport und Freizeit, durch die Stärkung der notwendigen Infrastruktur sowie durch weitere Maßnahmen, soll es Geflüchteten ermöglicht werden, sich schnell und nachhaltig in ihrem neuen Umfeld zu orientieren und anzukommen. Aufgrund der grundlegenden Bedeutung des Integrationsfonds wird die Bürgerschaft die Förderentscheidungen selbst treffen, um politische Akzente bei der Umsetzung der Integrationspolitik setzen zu können. Der Hamburger Integrationsfonds soll tragfähige Strukturen in den Nachbarschaften unterstützen, die Sozialräume beziehungsweise landesweit wichtige beziehungsweise pilotartige Integrationsprojekte stärken. Darüber hinaus gilt es, das herausragende ehrenamtliche Engagement in den Stadtteilen zielgerichtet zu unterstützen und die vielfältigen Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der Geflüchteten miteinzubeziehen. „Ziel ist die Entlastung der Ehrenamtlichen, der Ausdruck großer Wertschätzung und die Förderung des integrativen Austausches untereinander. Deshalb sollen in den Bezirken und Stadtteilen Projekte und Vorhaben unterstützt werden, die einen Beitrag zu gelingender Integration leisten können“, fasst Frank Schmitt, der auch Sprecher für Bezirke seiner Fraktion ist, zusammen.

Hintergrund: 2016 wurde der Integrationsfonds eingerichtet und die Ausbezahlung aus diesem Fonds an entsprechende Beschlüsse der Bürgerschaft gekoppelt. Ausgaben sollen für Maßnahmen und Zuweisungen getätigt werden, die integrationsfördernde Angebote für Geflüchtete beinhalten. Im Haushalt 2016 standen 7 Millionen Euro zur Verfügung, sie sind übertragbar. Zugleich wurde ein neues Zentrales Programm „Hamburger Integrationsfonds – investiv“ mit einem Volumen von 3 Millionen Euro für investive Maßnahmen geschaffen. Damit gibt es ein weiteres Förderinstrument, das in der Startphase zahlreicher Integrationsprojekte helfen soll, wichtige Projekte investiv oder konsumtiv zu unterstützen – immer mit dem Ziel dauerhaft tragfähiger, nachhaltiger Strukturen in den Regelsystemen unseres Zusammenlebens.

## **Schnellbahnanschluss für Hamburger Westen**

### **U5 Nord oder S23 Süd, Anbindung nach Schenefeld wird geprüft**

Rot-Grün drückt beim Ausbau des Schnellbahnnetzes aufs Tempo. So stehen die nächsten beiden Jahrzehnte ganz im Zeichen des Schnellbahnausbaus in Hamburg. Das Ziel: Rund 100 Kilometer Schnellbahnstrecke bis zur ersten Hälfte der 2030er Jahre.

Auch die Planungen für die Schienenanbindung von Lurup und Osdorf gehen in eine neue Phase: Der System- und Variantenvergleich für den Hamburger Westen, in dem sieben Streckenführungen analysiert wurden, ist abgeschlossen. Zwei der Varianten, die U5 Nord und die S32 Süd, sollen nun im nächsten Planungsschritt, in einer vertiefenden Machbarkeitsstudie, näher analysiert werden. Damit steht nun fest: Lurup und Osdorf werden entweder über die Verlängerung der geplanten U5 vom Siemersplatz oder über eine S-Bahn-Alternative vom neuen Fernbahnhof Diebsteich erschlossen. Parallel dazu wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie auch geprüft, ob eine Anbindung Schenefelds in Betracht kommt. Die Variantenuntersuchung kam zum Ergebnis, dass die U5 Nord aufgrund der tangentialen Streckenführung relativ hohe verkehrliche Effekte erzielen könnte. Da es sich um eine Linienverlängerung handelt, könnte diese Variante erst in Betrieb genommen werden, wenn die U5 bis zum Siemersplatz fertiggestellt ist.

Die S32 Süd wäre die kürzeste Strecke mit einer Trassenführung durch verdichtete Stadtgebiete. Sie würde einen hohen Erreichbarkeitsgewinn für den Osdorfer Born mit relativ kurzen Reisezeiten in die Innenstadt bringen. Sie hätte eine Impulswirkung für die Stadtentwicklung, allerdings wäre der Betrieb aufwändiger. Um eine Co-Finanzierung durch den Bund möglich zu machen, müsste jedoch Wohnungsbau in fünfstelliger Höhe realisiert werden.

„Es gibt keine eindeutige Vorzugsvariante. Wir werden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die bis Ende 2018 vorliegen soll, abwarten und dann muss entschieden werden, welche Linienführung den größeren Nutzen hat“, sagt Frank Schmitt.

## Zu Gast beim Sozialverband Deutschland (SoVD)

### Mit Menschen direkt ins Gespräch kommen

Gut besucht war eine Veranstaltung des Sozialverbands Deutschland (SoVD), zu der Frank Schmitt als Gast eingeladen war. Er gab zu Beginn einen Überblick über die wichtigen Themen im Wahlkreis, danach entwickelte sich ein angeregtes Gespräch mit Klaus Wicher, dem Landesvorsitzenden des SoVD Hamburg, der die Veranstaltung moderierte und den Gästen. Neben Verkehrsthemen und familienpolitischen Themen nahm insbesondere die Sozialpolitik großen Raum ein.

„Ich bin immer gerne auf Veranstaltungen dieser Art, denn Politik im direkten Dialog macht mir Spaß. Sie geben mir Gelegenheit, direkt mit den Wählerinnen und Wähler ins Gespräch zu kommen und politische Angelegenheiten im persönlichen Miteinander zu besprechen“, sagt Frank Schmitt.

## Vergabe der Troncmittel beschlossen

### 33.800 Euro für Projekte im Hamburger Westen

Anne Krischok und Frank Schmitt haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass sieben Projekte im Hamburger Westen insgesamt 33.800 Euro aus den sogenannten Troncmitteln erhalten. Die Hamburgische Bürgerschaft hat die Vergabe der Troncmittel im Rahmen der Haushaltsberatungen im Dezember 2016 beschlossen.

Durch den Einsatz der beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten kann die gemeinnützige Arbeit konkret unterstützt werden. Mit ihrem großen Engagement leisten die vielen Ehrenamtlichen in den verschiedenen Projekten einen unschätzbaren Beitrag für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, auch im Wahlkreis Vier. Das verdient Respekt und Anerkennung.

Frank Schmitt unterstreicht dies: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, eine so hohe Summe der Troncmittel für diese sieben Projekte im Wahlkreis zu bekommen. Im Laufe des Jahres können die Träger nun ihre geplanten Anschaffungen in die Tat umsetzen. Ich freue mich schon, mir diese dann selbst vor Ort anzuschauen.“

Der Zirkus Abrax Kadabrax erhält 9500 Euro für Reparaturen und den Ausbau des Zirkuswagens. Der F.C. Hamburger Berg wird für 6800 Euro Fußballschuhe und Bälle für den Sport mit Flüchtlingen anschaffen. 5000 Euro erhält der Runde Tisch Blankenese als Zuschuss für das geplante „Bunte Haus“. Der ASB Ortsverband Hamburg-West e.V. erhält 4410 Euro, damit er Einsatzjacken anschaffen kann. Der Spielmanns- und Fanfarenzug Blau-Weiss Osdorf e.V. erhält 1790 Euro für die Anschaffung neuer Musikinstrumente. Die NABU Gruppe West wird mit 3800 Euro für eine Vortragsreihe und ein Kinderfest unterstützt. Für Baumaterial und eine Malwand bekommt das Jugendzentrum Kiebitz eine Unterstützung in Höhe von 2500 Euro.

Hintergrund: Zur Unterstützung der gemeinnützigen Arbeit vergibt die Hamburgische Bürgerschaft Mittel aus der sogenannten Tronc-Abgabe an soziale Einrichtungen und Projekte sowie Stiftungen und Initiativen, die sich mit großem Einsatz und Engagement um die Belange von Kindern und Jugendlichen, den sozialen Ausgleich, die sportliche und kulturelle Förderung, dem ökologischen Ausgleich oder auch um das gute Zusammenleben in den Stadtteilen und der Nachbarschaft kümmern. Die Tronc-Abgabe ist die Bezeichnung für eine steuerliche Einnahme aus dem Tronc der Spielbanken. Diese stammen aus Zuwendungen, die Besucherinnen und Besucher von Spielbanken für das Personal, für die Spielbank oder ohne ersichtliche Zweckbestimmung gegeben haben. Für die Haushaltsjahre 2017/18 wurden hamburgweit insgesamt knapp 600.000 Euro vergeben.

## European XFEL

### Inbetriebnahme in 2017

Die einzigartige Forschungsanlage European XFEL entsteht in Hamburg und Schleswig-Holstein. Ab Mitte 2017 soll der European XFEL in Betrieb genommen werden. So wird für viele Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ein Traum in Erfüllung gehen, da die Anlage neue Forschungsmöglichkeiten bietet. Dank dieser Technologie werden 27.000 Laserblitze in der Sekunde erzeugt, welche milliardenfach intensiver sind als die der besten herkömmlichen Röntgenquellen. Der Beschleuniger bringt die Elektronen nahezu auf Lichtgeschwindigkeit. Der Röntgenlaser European XFEL ist die hellste Röntgenquelle der Welt. Er ermöglicht den Forschern und Forscherinnen beispielsweise Filme von chemischen Reaktionen in Echtzeit aufzunehmen oder bestimmte Eiweiße, auf denen jedes Atom zu sehen ist, abzubilden. Die Anlage verläuft größtenteils unterirdisch. Bereits 2013 schlossen die Tiefbauarbeiten ab. Der European XFEL wurde in die unterirdischen Tunnelröhren eingebaut, ist über 3,4 Kilometer lang und reicht vom DESY-Gelände in Hamburg bis nach Schenefeld. Schon Mitte 2016 sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gäste auf den Schenefelder Forschungscampus gezogen.

## Aus der Bürgerschaft

### Kurz berichtet

#### *Grundwasserversorgung*

Das Trinkwasser in Hamburg ist von sehr guter Qualität und auch die Versorgungssicherheit ist für die kommenden Jahrzehnte gewährleistet. Gleichwohl wird es in einer verdichteten Metropole schwieriger, geeignete Standorte für neue Brunnen zu finden. Laut Trinkwasserbericht liegt das durchschnittliche Alter der Förderbrunnen der Hamburger Wasserwerke bei 43 Jahren. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, soll auf Initiative von Rot-Grün ein entsprechendes Handlungskonzept erarbeitet werden, um Flächen für neue Brunnenstandorte zu finden.

#### *Sonntagsfrieden*

Sonntag ist kein Tag wie jeder andere – und das soll auch künftig so bleiben. Der „Hamburger Sonntagsfrieden“ mit vier Sonntagsöffnungen im Jahr – am selben Sonntag in allen sieben Bezirken – ist ein guter Interessenausgleich zwischen der verfassungsmäßigen Sonntagsruhe und dem Wunsch nach einem gelegentlichen Shopping- und Kultur-Event in Hamburg. Kirchen, Gewerkschaften und Hamburger Bürgerschaft haben diesen Kompromiss in der Vergangenheit mehrfach bestätigt.

## Eröffnung der Elbphilharmonie

### Ein Tag für die Geschichtsbücher unserer Stadt

Nach knapp zehnjähriger Bauzeit wurde am 11. Januar die Elbphilharmonie eröffnet. Frank Schmitt, der auch aktiv im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mitgearbeitet hat, sieht darin ohne jeden Zweifel einen Tag für die Geschichtsbücher: „Mit der Eröffnung der Elbphilharmonie schlagen wir ein neues Kapitel Hamburgs als Kulturstadt mit internationaler Strahlkraft auf. Nicht wenige haben im Verlauf der langen Bauzeit daran gezweifelt, ob das Projekt jemals fertiggestellt werden kann. Umso mehr sind unsere Gedanken deshalb bei der im vergangenen Jahr verstorbenen Kultursenatorin Barbara Kisseler. Erst die von ihr maßgeblich mit ausverhandelte Neuordnungsvereinbarung brachte im Sommer 2013 die entscheidende Wende. Damit wurde das Projekt Elbphilharmonie vom Kopf auf die Füße

gestellt. Wir hätten ihr so sehr gewünscht, dass sie die Eröffnung hätte noch miterleben können.“

Ein langer, steiniger und teurer Weg liegt hinter dem Bau der Elbphilharmonie. Jedoch überwiegt nun die Freude darüber, dass sie nun endlich ihre Türen geöffnet hat und dass dieses einzigartige Haus schon vor Beginn des eigentlichen Spielbetriebs von den Hamburger und Hamburgerinnen so begeistert in Besitz genommen wurde.

Das Haus erfährt einen enormen Zuspruch, viele Konzerte sind bereits ausverkauft. Frank Schmitt zur Eröffnung der Elbphilharmonie: „Die Elbphilharmonie wird Hamburg als Kultur- und Musikstadt national wie international enorm beflügeln. Sie wird ab heute nicht nur zu einer Bühne für außergewöhnliche Konzerterlebnisse, sondern über das große pädagogische Angebot können wir gerade auch junge Menschen für Musik begeistern und sie fördern. Wir haben im vergangenen Jahr rund um den Betrieb der Elbphilharmonie ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann.“ Zusätzliche Mittel für intensive Vermittlungsarbeit, für das Ensemble Resonanz sowie einen Musikstadtfonds, mit einem Volumen von einer halben Million Euro, sind deutliche Zeichen und stärken Hamburg als Musikstadt.

## **Angebotsoffensive für Hamburgs Kundenzentren**

### **Schnellere Terminvergabe, längere Öffnungszeiten, Ausweitung der Angebote**

2016 kam es infolge von Personalengpässen zu langen Wartezeiten in den Kundenzentren, zeitweise waren in einzelnen Kundenzentren über Monate keine Termine mehr frei. Auch die Bürgerschaft hat die Schwierigkeiten bei der Terminvergabe zuletzt intensiv debattiert. Nach einer Einstellungsoffensive normalisiert sich die Situation nun wieder, die Vorlaufzeiten bei der Terminvergabe sowie die Wartezeiten für Spontankunden haben sich deutlich verringert. Es besteht parteiübergreifend Konsens, dass sich eine solche Situation in unserer Stadt nicht wiederholen soll und darf. Hierzu sind die zwischenzeitlich erreichten Verbesserungen zu verstetigen und fortzuschreiben.

„Wir wollen aber noch mehr, denn eine bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung muss sich heute stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Dazu gehört nicht nur eine zügige Terminvergabe sondern insbesondere auch die Möglichkeit, außerhalb der normalen Arbeitszeit und möglichst auch von zu Hause aus noch mehr Behördenangelegenheiten zu erledigen“, sagt Frank Schmitt, der Sprecher für Bezirke seiner Fraktion ist. Wer etwa einen Kinderreisepass beantragen oder sich anmelden möchte, soll hierzu nicht extra Urlaub nehmen müssen. Die Kundenzentren sollen einheitliche Öffnungszeiten deutlich vor 9 Uhr und deutlich nach 17 Uhr sowie auch über die Mittagszeit anbieten. „Und wenn der Gesetzgeber vorschreibt, dass eine Ummeldung 14 Tage nach Einzug erfolgt sein muss, dann muss innerhalb von dieser Frist auch ein Termin zur Ummeldung frei sein. Selbstverständlich soll es auch zukünftig weiterhin möglich sein, spontan und ohne Termin Anliegen im Kundenzentrum zu erledigen“, fügt Frank Schmitt an. Grundsätzlich sollten zudem solche Angelegenheiten, für die ein persönliches Erscheinen im Kundenzentrum nicht vorgeschrieben ist, auch online zu erledigen sein. Zu diesen Maßgaben sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen sowie entsprechend einheitlich und zentral im Hinblick auf Personal, Ressourcen, Standards und Technik zu steuern.

An der Caffamacherreihe soll bis 2018 ein neues modernes Kundenzentrum in der Innenstadt entstehen. Hier würde sich anbieten, für alle Hamburgerinnen und Hamburger eine Öffnung am Sonnabend zu prüfen.

Leistungen für noch bürgernähere Kundenzentren könnten sein:

- Terminvergabe innerhalb von maximal 14 Tagen.
- Einheitliche und längere Öffnungszeiten (mind. 8 bis 18 Uhr).
- Prüfung einer Öffnung am Sonnabend im neuen Kundenzentrum in der Innenstadt.
- Online-Terminvergabe nicht mehr standort- sondern terminbezogen.
- Mehr räumliche und zeitliche Flexibilität durch Ausweitung der Möglichkeiten, Behördengänge online zu erledigen.

Nach der 2016 erfolgten Einstellungsoffensive sollen die Kundenzentren nun auch bezirksübergreifend gesteuert werden, um die Angebotsausweitung verlässlich zu realisieren und langfristig sicherzustellen. Längere und einheitliche Öffnungszeiten können nur angeboten werden, wenn entsprechend Fachpersonal vorhanden ist. Durch eine zentralisierte Personalsteuerung können bei Vakanzen, in Krankheits- und Urlaubsfällen Lücken kurzfristig gefüllt werden. Grundsätzlich gilt, dass über die ganze Stadt verteilt Kundenzentren für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Sofern zur Umsetzung des neuen Konzepts einzelne Standortverlagerungen oder -zusammenführungen von Kundenzentren notwendig werden, sollen im Bedarfsfall den Bezirken in eigener Verantwortung ortsangepasste Übergangslösungen oder andere flankierende Maßnahmen ermöglicht werden. Für die beiden Kundenzentren im Bezirk Altona sind aktuell keine Zusammenlegungen geplant.

## **Mietpreisbremse zeigt erste Wirkung**

### **Mieterinnen und Mieter besser informieren, fundierte Bewertung durchführen**

Nach über einem Jahr nach der Einführung zeigt die Mietpreisbremse erste Wirkung. Bei rund 60 Prozent aller Neuvermietungen findet sie laut Mieterverein bereits Anwendung. Gleichzeitig ist klar, dass die bestehende Regelung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden kann. Hamburg sollte daher die Zeit nutzen, um die Auswirkungen der Mietpreisbremse und die daraus ergebenden Folgerungen – auch unter Beteiligung des Bündnisses für das Wohnen – umfassend zu analysieren. Aus Sicht der rot-grünen Regierungsfraktion sollte daher eine im Anschluss an die Erstellung des Hamburger Mietenspiegels 2017 fundierte Evaluation der Mietpreisbremse in Hamburg vorgelegt und dabei gegebenenfalls auch erforderliche alternative Weiterentwicklungen im Bereich der Mietpreisbremse oder des Wirtschaftsstrafgesetzes geprüft werden.

Frank Schmitt dazu: „Nach gut einem Jahr Mietpreisbremse können wir feststellen, dass es gut und richtig war, dieses Instrument landesweit einzuführen. Aber schon damals war natürlich klar, dass die Mietpreisbremse allein nicht die Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen wird. Mit der Mietpreisbremse wurde aber erstmals seit Jahren wieder ein gesetzlicher Rahmen zur Begrenzung von Neuvertragsmieten bei Bestandswohnungen geschaffen.“ Auch aus Sicht des Mietervereins wurde damit ein Instrument geschaffen, das Mieterinnen und Mieter in die Lage versetzt, gegen zu hohe Mieten vorzugehen.

Wichtig ist auch, die Mieter und Mieterinnen besser rund um das Thema Mietpreisbremse zu informieren. „Richtig und wichtig ist, die Wirkung der Mietpreisbremse in Zusammenhang mit dem neuen Mietenspiegel zu evaluieren. Es sollen die richtigen Maßnahmen gefunden werden, um die Wirksamkeit der Mietpreisbremse zu verbessern. Des Weiteren sollen die Mieterinnen und Mieter besser über ihre Rechte informiert und ermutigt werden, sie auch wahrzunehmen“, so Frank Schmitt.

## **Kita-Angebote**

### **Flexibilität bei Betreuungszeiten weiter verbessern**

Im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und den Grünen wurde unter anderem vereinbart: „Für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten sollen mehr Kita-Angebote mit flexibleren Öffnungszeiten entstehen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, wird auch im Elementarbereich eine flexiblere Stundenverteilung der wöchentlichen Betreuungsleistungen – analog zu den Gutscheinen im Krippenbereich – ermöglicht werden.“ Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft nun beschlossen. „Träger und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung verfügen über die Kenntnis der jeweils aktuellen und tatsächlichen Bedarfe und Nachfrage vor Ort. Das Kita-Gutscheinsystem zielt seit Einführung mit seiner Nachfrageorientierung darauf, dass die Angebote der frühen Bildung und Betreuung die Nachfrage der Eltern nicht nur abbilden, sondern sich an dieser Nachfrage weiterentwickeln“, sagt Frank Schmitt. Diese Einschätzung der Wirkung des

Gutscheinsystems ist über mehrere Legislaturperioden sowie über Parteigrenzen hinweg geteilt und bestätigt worden. Grundlagen und Ergänzungen werden gemäß Hamburger „Kinderbetreuungsgesetz“ (KibeG) beziehungsweise im entsprechenden Landesrahmenvertrag geregelt.

Konkret bittet die Bürgerschaft auf Antrag der Regierungskoalition den Senat, im Rahmen der Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen auf eine flexiblere Stundenverteilung der wöchentlichen Betreuungsleistungen – analog zu den Gutscheinen im Krippenbereich – auch im Elementarbereich hinzuwirken. Außerdem soll er sich dafür einzusetzen, dass Eltern vonseiten der Anbieter nicht gedrängt werden Verträge abzuschließen, die den tatsächlichen Betreuungsbedarf übersteigen. „Ich freue mich, dass eine weitere Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht ist“, so Frank Schmitt abschließend.

## **Planspiel „Jugend im Parlament“**

### **Resolution wurde verabschiedet und an Bürgerschaftspräsidentin übergeben**

Was macht ein Politiker? Wie sieht der Alltag eines Politikers aus? Dies konnten Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren bei der 22. Auflage des Politik-Planspiels „Jugend im Parlament“ erleben, als sie in die Rolle eines Bürgerschaftsabgeordneten geschlüpft sind.

Während der Parlamentswoche vom 14. bis 18. November erarbeiteten die 130

Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam eine Resolution, die die Jugendparlamentspräsidentin Friederike Schick an die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit übergeben hat. Neben einem Aktionsprogramm gegen Terror und Extremismus soll die Integration von Flüchtlingen durch Sprachkurse und gemischte Wohnquartiere forciert werden. Zudem fordern die Jugendlichen, dass Politik zum Pflichtfach für alle weiterführenden Schulen ab Klasse 7 wird und es mehr Geld und bezahlbare Wohnungen für Schüler und Schülerinnen, Studierende sowie Auszubildende gibt. Was sich die jungen Menschen noch wünschen: In Bussen und Bahnen, die rund um die Uhr fahren, soll per Handy oder Chipkarte bezahlt werden können. Die Resolution fließt nun als offizielle Drucksache in die Arbeit der Bürgerschaft ein. In den Fachausschüssen werden die Forderungen dann gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ diskutiert.

„Dieses Planspiel ist eine gute Gelegenheit für junge Menschen, politische Entscheidungsprozesse zu erleben und durch eigene Erfahrungen nachvollziehen zu können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzen Themen auf ihre politische Agenda, beraten darüber im Plenarsaal und in den Ausschüssen, halten Reden und Debatten und führen Gespräche mit Behörden und Experten. Somit können die Jugendlichen Politik hautnah erleben und mitgestalten“, sagt Frank Schmitt.

Die nächste Veranstaltung findet vom 13. bis 17. November 2017 statt. Bewerben können sich alle Hamburgerinnen und Hamburger zwischen 15 und 21 Jahren, allerdings nur einzeln. Die Anmeldung muss folgende Angaben enthalten: Vorname, Name, vollständige Anschrift, Geburtsdatum, telefonische Erreichbarkeit, E-Mail, Name und Anschrift der Bildungseinrichtung oder des Arbeitgebers. Anmeldung:

[www.hamburgischebuergerschaft.de/jugend-im-parlament/4455482/jugend-im-parlament/](http://www.hamburgischebuergerschaft.de/jugend-im-parlament/4455482/jugend-im-parlament/)

Dazu Frank Schmitt: „Ich sehe in dem Veranstaltungsformat „Jugend im Parlament“ eine gute Chance, junge Menschen für Politik zu begeistern. Es würde mich sehr freuen, wenn das Planspiel auch im kommenden Jahr auf reges Interesse stößt.“

## **Sprachbrücke-Hamburg**

### **Lernen der deutschen Alltagssprache**

Der Verein „Sprachbrücke-Hamburg e.V.“ wird auf Initiative von SPD und Grünen mit rund 38.000 Euro aus dem Integrationsfonds unterstützt. Sprachbrücke-Hamburg fördert mit dem Projekt „Sprache im Alltag“ den Austausch erwachsener Zuwanderinnen und Zuwanderer.



Die für die Teilnehmenden kostenlosen Gesprächsrunden konzentrieren sich anders als der klassische Deutschunterricht sehr stark auf die praktische und lebensnahe Anwendung der deutschen Sprache. Geleitet werden die Runden von geschulten Ehrenamtlichen. Der frühe Erwerb deutscher Sprachkenntnisse ist zentral für eine gelingende Integration. „Hier bieten die Angebote der Sprachbrücke eine sehr sinnvolle Ergänzung zu den professionellen Sprachkursen“, begrüßt Frank Schmitt die Unterstützung für den Verein.

## **Bürgerschaft beschloss Haushalt 2017/18**

### **Erstmals ein Haushaltsplan, der ohne Neuverschuldung auskommt**

Nach intensiver Debatte hat die Bürgerschaft Ende des vergangenen Jahres den Haushalt für die kommenden beiden Jahre beschlossen. Dieser sieht Ausgaben von jeweils rund 12 Milliarden Euro für 2017 und 2018 vor. „Schulden werden abgebaut und der Haushalt konsolidiert“ ist das Motto des Doppelhaushaltes.

Mit rund 60 Anträgen im Volumen von über 42 Millionen Euro haben SPD und Grüne mit zahlreichen Initiativen den Haushaltsplanentwurf des Senats ergänzt und akzentuiert, und stärken damit die Arbeit in den Bezirken und Stadtteilen vor Ort. Frank Schmitt: „Der Haushalt bildet unsere Schwerpunkte ab, die im Wesentlichen seit 2011 die Kontinuität unserer SPD-Politik für Hamburg darstellen“.

Rekordausgaben wurden für frühe Bildung und Betreuung beschlossen. Frank Schmitt sieht hierin eine zwingende Notwendigkeit: „Hamburg wird absehbar rund 800 Millionen Euro pro Jahr für die frühe Bildung und Betreuung in Krippe und Kita aufwenden – das ist eine enorme Leistung und die beste Investition in die Zukunft der Kinder und Familien.“ Er betont, dass von Qualitätsverbesserungen, die in den Haushaltsansätzen enthalten sind, eine immer größere Zahl von Kindern profitiere. Der Betreuungsschlüssel soll mittelfristig verbessert werden: „Diese familienfreundliche Politik bedeutet Chancen für die Kinder, Entlastung für die Familien und eine Stärkung des Standortes Hamburg.“

Frank Schmitt, der Sprecher seiner Fraktion für das Thema Bezirke ist, betont, dass den Bezirken mehr Mittel für Grünpflege zur Verfügung stehen, weil sie künftig von der Reinigung der Grünanlagen entlastet werden: „Besonders freue ich mich über bis zu 2,5 Mio. Euro, die den Bezirksämtern zur Verbesserung der Spielplatzqualität zur Verfügung gestellt werden.“ Darüber hinaus ist Frank Schmitt auch im Verkehrsausschuss und hebt hervor, dass es um moderne Mobilität und gesicherte Leistungsfähigkeit aller Verkehrssysteme geht: „Unsere Politik hat ausdrücklich alle Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen im Blick. Wir setzen uns ein für eine moderne Mobilität und sichern die Leistungsfähigkeit aller Verkehrssysteme: PKW, Wirtschaftsverkehr, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Zentrale Voraussetzung dafür ist eine gute, funktionierende Infrastruktur. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren die so dringend notwendige Sanierung von Hamburgs Straßen massiv vorangetrieben.“

Außerdem sieht der Haushalt zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz sowie für die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur für den Sport vor. Auch zusätzliche Mittel für die Kultur über die Kosten der Elbphilharmonie hinaus, zum Beispiel für Bücherhallen, Stadtteilkultur, freie Theater und nicht zuletzt die Fortsetzung der Betreuung und Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer sind im Haushalt berücksichtigt. Des Weiteren erhalten die Bürgerhäuser künftig 200.000 Euro mehr im Jahr. Insbesondere freuen sich Anne Krischok und Frank Schmitt, die beiden SPD-Abgeordneten für den Hamburger Westen, dass bei der Vergabe der Tronc-Mittel auch Einrichtungen und Institutionen im Hamburger Westen gute Berücksichtigung fanden (siehe Artikel Seite 5). Sie sind sich einig, dass mit dem neuen Haushalt die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt sind.

## **Umsetzung Verständigung mit Ini**

### **Gemischte Quartiere durch Flexibilität bei Vermietung**

Auf Antrag von SPD und Grünen hat die Bürgerschaft einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Verständigung mit der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ beschlossen. Dem

städtischen Betreiber aller bisherigen Folgeunterbringungen für Geflüchtete, „f & w fördern und wohnen AÖR“, soll bei der Nutzung eigener Wohngebäude mehr Flexibilität ermöglicht werden. Das städtische Unternehmen soll nicht nur öffentlich-rechtliche Unterkünfte betreiben können, sondern Wohnungen in diesen Unterkünften auch an Inhaber von Wohnberechtigungs- oder Dringlichkeitsscheinen und auch frei auf dem Wohnungsmarkt vermieten können.

## **Fahrradfreundliche Quartiersentwicklung**

### **Radfahren gehört für immer mehr Menschen zum Alltag**

Die Bedürfnisse des steigenden Fahrradverkehrs sowie die Abstellmöglichkeiten von E-Bikes, Lastenrädern und Co. sollen beim Wohnungsbau und der Quartiersentwicklung stärker mitgedacht werden. Einen entsprechenden Antrag haben die Regierungsfractionen in der ersten Sitzung des Jahres 2017 in die Bürgerschaft eingebracht.

Hintergrund ist, dass der Anteil des Radverkehrs immer weiter steigt. Auch die Anzahl der Fahrräder hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Um diesem Trend gerecht zu werden und ihn weiter zu stärken, soll die Unterbringung von Fahrrädern im Wohnungsbau intensiver mitgeplant werden.

Dazu Frank Schmitt, Verkehrspolitiker der SPD-Bürgerschaftsfraction: „Das Radfahren gehört für immer mehr Menschen – unabhängig von Alter und Einkommen – zum Alltag. Wohnquartiere gewinnen erheblich an Attraktivität, wenn die Anforderungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden.“

Moderne Technologien ermöglichen völlig neue Fahrradkonstruktionen, für die die Altanlagen oft nicht passend gestaltet sind. Dies soll nun überprüft und bewertet werden. Die Ergebnisse sollen dann gemeinsam mit dem Bündnis für das Wohnen und dem Bündnis für Quartiere diskutiert werden.

Für Frank Schmitt steht fest: „Rot-Grün will Mobilität auf allen Ebenen, insbesondere auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad, dem E-Bike oder Lastenfahrrad fördern. Und bei der Planung diese Themen mitzudenken, spart viel Geld für eine spätere Anpassung.“ Deshalb sollen E-Bikes und Lastenfahrräder frühzeitig bei den Planungen von Wohnungsneubau einbezogen werden.

## **Parlamentarische Untersuchungsausschüsse**

### **Mitwirkungsrechte von Betroffenen stärken**

Wer gilt in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) als „Betroffene“? Zu dieser Frage hat es im Zusammenhang mit den PUAs zur HSH Nordbank und zur Elbphilharmonie mehrere Gerichtsentscheidungen gegeben. Die Bürgerschaftsfractionen von SPD, CDU, Grünen, Linke und FDP bringen nun eine Initiative auf den Weg, mit der das „Gesetz über die Untersuchungsausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft“ (HmbUAG) entsprechend angepasst werden soll.

Was seit einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts gängige Praxis ist, wird nun gesetzlich festgeschrieben: Personen, über die ein Untersuchungsausschuss eine wertende Äußerung abgeben will, haben künftig das Recht zur Stellungnahme. Diese soll auch im Abschlussbericht eines PUA wiedergegeben werden. Da die bisherige Regelung zu Unklarheiten und Rechtsstreitigkeiten geführt hat, erhält auch der Begriff des oder der „Betroffenen“ eine klarere Definition. Sie orientiert sich an der Regelung aus dem Untersuchungsausschussgesetz des Bundestages (§32 PUAG Bund).

Dazu Frank Schmitt, der in den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen „Elbphilharmonie“ und „Yagmur - Kinderschutz in Hamburg“ mitgearbeitet hat: „Wir haben uns bereits nach dem Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts 2015 gemeinsam darauf verständigt, die Rechte der Betroffenen im Rahmen von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen weiter zu stärken. Mit der vorliegenden Initiative sorgen wir dafür, dass die Ausschüsse auch weiterhin in aller Sorgfalt arbeiten können, gleichzeitig aber

auch die Rechte derjenigen gewahrt werden, die von den Abschlussberichten betroffen sein könnten.“ Dies trägt zur Rechtssicherheit bei und beseitigt bestehende Unklarheiten, die in der Vergangenheit zu Klagen geführt hatten.

## **Schwerpunkt „Sauberkeit“ steht ganz weit oben auf der Agenda**

### **Mit Sauberkeitsoffensive die Lebensqualität erhöhen**

Ein Schwerpunkt im Hamburger Doppelhaushalt 2017/18 wird der Bereich „Sauberkeit“ sein. In der Bürgerschaft wurde ein entsprechender Antrag der rot-grünen Regierungskoalition beschlossen, mit dem bereits jetzt verschiedene Maßnahmen gefordert werden, um die Sauberkeit im Hamburger Stadtbild deutlich und sichtbar zu verbessern. Frank Schmitt begrüßt diese Initiative, denn er sieht in der Bündelung der Kompetenzen einen wesentlichen Schritt auf dem Weg für ein sauberes Stadtbild: „Viele Versuche, die Stadt konsequent sauber zu halten, werden bisher auch durch die Zersplitterung von Zuständigkeiten oder mangelnder Mittelausstattung erschwert. Denn an den Reinigungs- und Pflegeleistungen im öffentlichen Raum sind heute viele beteiligt, die meist unabhängig voneinander agieren.“ Konkret soll die Reinigung des öffentlichen Raumes, also von Straßen, Wegen und Grünanlagen einschließlich des Papierkorbdienstes, künftig aus einer Hand durch die „Stadtreinigung Hamburg“ (SRH) erfolgen. Ausgenommen davon sind die Geh- und Radwege, die nicht im Wegereinigungsverzeichnis aufgeführt sind und durch die Anlieger gesäubert werden müssen. „Die Bezirke werden von der Zuständigkeit für die Reinigung der Grün- und Erholungsanlagen entlastet. Die bisher den Bezirken für die Unterhaltung der Grün- und Erholungsanlagen zugewiesenen Haushaltsmittel, von denen derzeit ein beträchtlicher Teil für Reinigungsaufgaben ausgegeben wird, werden aber in vollem Umfang bei den Bezirksämtern verbleiben“, so Frank Schmitt weiter. Er freut sich darüber, dass diese Mittel den Bezirken nun für eine verbesserte Pflege der Grün- und Erholungsanlagen zur Verfügung stehen werden.

Besonders ärgerlich seien auch die sogenannten „Schmuddelecken“, wo immer wieder illegal Müll entsorgt wird. Nicht zuletzt durch die Aufstellung zusätzlicher Papierkörbe soll dem konsequent entgegengewirkt werden. „Hamburgweit sind derzeit rund 9000 Mülleimer aufgestellt. Es sollen zeitnah mindestens weitere 1000 neue Papierkörbe im öffentlichen Raum angebracht werden, 500 wurden bereits im vergangenen Jahr aufgestellt und 2017 kommen 500 hinzu“, sieht Frank Schmitt hierin eine wichtige Maßnahme, die kurzfristig zu mehr Sauberkeit im Stadtgebiet führen wird.

Finanziert werden sollen die zusätzlichen Aufgaben der SRH durch eine Umschichtung der Finanzmittel und durch die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr ab Januar 2018. Die Höhe der Straßenreinigungsgebühr wird sich nach den konkreten und nachweisbaren Bedarfen für eine saubere Stadt richten, sie wird entsprechend gründlich geprüft und muss transparent sein. Die Gebühr soll für die neue Aufgabenstruktur auskömmlich sein. „Ganz wichtig ist uns dabei: Die Gebühr muss insbesondere für die Mieterinnen und Mieter sozial angemessen sein!“, fügt Frank Schmitt an.

## **Urteil Verfassungsgericht**

### **Ausweitung von Volksentscheiden Grenzen gesetzt**

Es ist zu begrüßen, dass mit dem Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts das Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ gestoppt wurde. Das Verfassungsgericht hat der Ausweitung der direkten Demokratie in Hamburg klare Grenzen gesetzt. Insbesondere die von der Initiative gewollte Absenkung der Mindestzustimmung beim Volksentscheid auf weit unter

20 Prozent hätte die demokratische Legitimation solcher Verfahren in Zweifel gezogen. Die Volksinitiative hätte die Gewichte in Hamburgs Stadtstaat sehr zu Ungunsten der direkt gewählten Volksvertreter verschoben – dem ist jetzt ein Riegel vorgeschoben.

„70 Jahre nach den ersten freien Wahlen in Hamburg nach dem Krieg, die wir kürzlich erst gefeiert haben, ist das Urteil für die parlamentarische Demokratie in unserer Stadt und unserem Land eine gute Nachricht in durchaus unruhigen Zeiten“, so Frank Schmitt. Er sieht in Volksentscheiden jedoch weiterhin eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie, das soll auch weiterhin so bleiben.

## Mobilität im Alter

### Es wurde bereits Vieles auf den Weg gebracht

„Mobil sein zu können ist wichtig für alle Menschen egal welcher Herkunft und welchen Alters, denn eine aktive Beteiligung am Leben erhält beziehungsweise verbessert die Lebensqualität“, fasst Frank Schmitt eine Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe zusammen. Gerade für ältere Menschen ist es jedoch außerordentlich wichtig, dass sie die Möglichkeit haben, sich sicher und flexibel zu Fuß, auf dem Rad, mit dem Auto oder dem Motorrad, mit der Fähre oder aber mit Bus und Bahn durch die Stadt bewegen zu können. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, wurde bereits Vieles auf den Weg gebracht. So bietet beispielsweise die Polizei Hamburg kostenlos Fahrradkurse für Seniorinnen und Senioren an, auf die im Internet, über den HVVNewsletter, bei Veranstaltungen in Senioreneinrichtungen sowie über Flyer aufmerksam gemacht wird. Des Weiteren werden von der Verkehrswacht Auto-Sicherheitstrainings für Seniorinnen und Senioren gegen eine vertretbare Gebühr angeboten. Ebenso gibt es bereits kostenlose Hör- und Sehtests. Weiterhin gibt es eine Vielzahl an Broschüren zu verschiedenen Themen. Beispielsweise hält die Broschüre „Einfach mobil bleiben“ des Forums Verkehrssicherheit Hamburg Angebote für ältere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer rund um die Themen „Mobilität“ und „Sicherheit im Straßenverkehr“ bereit. Darüber hinaus gibt es eine speziell auf Rollatornutzerinnen und -nutzer abgestimmte Broschüre. Diese Veröffentlichungen sind sowohl im Internet zu finden, werden aber auch über die Landesarbeitsgemeinschaft der Senioren sehr stark beworben.

Wichtig für ältere Menschen ist allerdings eine umfassende Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese steht in Hamburg ganz oben auf der Agenda. So verfolgt der Senat das Ziel, den ÖPNV schnellstmöglich vollständig barrierefrei auszubauen. Bis Mitte der 2020er Jahre sollen alle Schnellbahnhaltstellen in Hamburg barrierefrei ausgebaut sein. Der barrierefreie Ausbau der Bushaltstellen erfolgt sukzessive im Rahmen des Busoptimierungsprogramms oder bei Instandsetzungsmaßnahmen. Das Busoptimierungsprogramm trägt somit auch deutlich zu einer Beschleunigung des barrierefreien Ausbaus im ÖPNV bei. Im Rahmen des Busoptimierungsprogramms werden auch ausreichend lange Grünphasen für Fußgängerinnen und -fußgänger an frequentierten Fußgängerampeln als auch der Bau von Querungshilfen an breiten Straßen umgesetzt. „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bereits viel dafür getan worden ist, dass ältere Menschen mobil sein und sich somit aktiv am Leben beteiligen können. Sicher gibt es bei diesem Thema immer Verbesserungen. Wir bleiben dran und werden weiterhin offen für weitere Maßnahmen sein, die zu mehr Sicherheit von Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr führen und somit letztendlich die Lebensqualität von allen Menschen erhalten beziehungsweise verbessern“, resümiert Frank Schmitt.

## Wohnungsneubau

### 2016 über 11.000 Einheiten genehmigt: Hamburg weiter auf Rekordkurs

Hamburg ist in Sachen Wohnungsneubau weiter auf Rekordkurs. Der Wohnungsbaubericht für die Jahre 2014 und 2015 macht deutlich, dass Hamburg im vergangenen Jahr mit über 11.000 Einheiten das im Bündnis für das Wohnen neu gesteckte Ziel von 10.000 genehmigten Wohnungen übertreffen wird.

Dazu Frank Schmitt: „Der Wohnungsbaumotor läuft unverändert auf Hochtouren, das spiegelt die vorgestellte Bilanz eindrucksvoll wider. Neben den erheblichen Anstrengungen

für den frei finanzierten Wohnungsbau haben wir auch in den Sozialwohnungsbau neuen Schwung gebracht. Zwischen 2011 und 2015 wurden über 11.600 geförderte Wohnungen bewilligt.“ Damit steht Hamburg im Bundesländervergleich weiterhin mit großem Abstand an erster Stelle. „Das macht deutlich: Es ist und bleibt weiterhin ein Herzstück der SPD-Politik, dass das Wohnen in Hamburg für Alle bezahlbar bleibt.“

## Hauptbahnhof als Verkehrsknotenpunkt stärken

### Zusätzlicher Bahnsteig und Zugang Steintorbrücke

Täglich nutzen rund 500.000 Menschen den Hamburger Hauptbahnhof, er ist der meistfrequentierte Bahnhof Deutschlands und steht nach dem Pariser Nordbahnhof an zweiter Stelle in Europa. Damit der Hauptbahnhof seine Leistungsfähigkeit auch bei weiter steigenden Fahrgastzahlen behält, will Rot-Grün ihn weiter stärken. Ein zusätzlicher Bahnsteig sowie ein Zugang zur Steintorbrücke sollen für Entlastung sorgen. Einen entsprechenden Antrag, der auch die Pläne der Deutschen Bahn aufgreift, haben die Regierungsfractionen in die Bürgerschaft eingebracht.

Dazu Frank Schmitt: „Wir wollen mehr Verkehr auf der Schiene und die Entwicklung zeigt, dass wir damit auch in den nächsten Jahren rechnen dürfen. Der Hamburger Hauptbahnhof als zentrale Mobilitätsdrehscheibe unserer Stadt darf diesen erfreulichen Trend nicht ausbremsen. Deshalb muss er effizienter genutzt und, soweit es geht, noch ausgebaut werden. Einer effizienteren Ausnutzung der vorhandenen Gleise dient der Bau der neuen S-Bahn-Linie S4. In diesem Zusammenhang kann dann auch ein weiterer Bahnsteig an Gleis 9 errichtet werden. Aber auch die Neuordnung der Fußgängerströme im und um den Hauptbahnhof herum ist wichtig, wenn der Hauptbahnhof leistungsfähiger und effizienter werden soll. Nicht zuletzt auch dann, wenn von der Steintorbrücke zusätzliche Bahnsteigzugänge gebaut werden. Das wiederum hat Auswirkungen auf andere Verkehrsträger, die genau untersucht und abgewogen werden müssen. Dem dient die beauftragte Verkehrsuntersuchung des Hauptbahnhof-Umfelds, deren Ergebnisse im Verkehrsausschuss noch vor der Sommerpause vorgestellt werden sollen. Am Ende steht eine funktionale Neuordnung des gesamten Umfelds des Hauptbahnhofs zur Debatte. Das Thema Kapazitätserweiterung des Hauptbahnhofs ist drängend, Schnellschüsse aber nicht zielführend, denn die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, müssen schließlich für Jahrzehnte Bestand haben.

Des Weiteren soll kurzfristig die Aufenthaltsqualität rund um den Hauptbahnhof verbessert werden. Um dies zu erreichen, soll künftig besser und vor allem häufiger gereinigt werden. Dafür sorgt ab sofort die Stadtreinigung. Das neue Konzept sieht vor, dass die Stadtreinigung in zwei Schichten von 6 bis 22 Uhr alle öffentlichen Flächen um den Bahnhof säubert.

## Straßensanierung

### Zielzahl weit übertroffen

Die dringend notwendige Sanierung von Hamburgs Straßen hat deutlich Fahrt aufgenommen. So wurde die definierte Zielzahl von jährlich 100 Kilometer sanierter Fahrstreifen, das heißt die Länge der Fahrstreifen und nicht die Länge der Straßen, weit übertroffen: 2014 und 2015 konnten zusammen über 300 Kilometer in Ordnung gebracht werden, 2016 wurde mit rund 140 Kilometer sanierter Fahrbahn der Zielwert deutlich übererfüllt. Die Verschlechterung des Straßenzustands wird damit gestoppt – das ist ein Wendepunkt für die Erhaltung der städtischen Infrastruktur.

Dazu Frank Schmitt: „Diese Bilanz kann sich sehen lassen und zeigt: Die überall in Hamburg so dringend benötigte Sanierung unserer Straßen kommt mit großen Schritten voran. Das ist eine gute Nachricht für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, denn bei vielen Maßnahmen werden gleichzeitig auch Verbesserungen für Fußgänger und Fußgängerinnen sowie Radfahrende erzielt.“

## Update - was wurde aus...

### *AvM Dual*

Das Schulangebot AvM Dual kommt gut an. Von der Hamburger Wirtschaft wurden über 1000 Praktikumsplätze bereitgestellt. Das ganztägige Schulangebot „AvM-Dual“ ersetzt alle bisherigen Halbtagsangebote für jugendliche Flüchtlinge und verknüpft intensive Sprachförderung, Schulunterricht und betriebliche Praktikumsphasen.

### *Enquete-Kommission*

Die Enquete-Kommission zum Thema Kinderschutz und Kinderrechte hat mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen. Mitglieder sind Sachverständige und Abgeordnete der Bürgerschaft. Als Vorsitzender wird Dr. Christian Schraper, Professor für Pädagogik, Schwerpunkt Sozialpädagogik, an der Universität Koblenz-Landau, Abteilung Koblenz, die Enquete-Kommission leiten. Die Ergebnisse der Beratungen der Enquete-Kommission sollen der Bürgerschaft bis Ende Oktober 2018 vorgelegt werden.

### *A7-Deckel*

Der Senat hat den 2300 Meter langen Deckel auf der A7 zwischen Othmarschen und Volkspark beschlossen. Damit wird der Altonaer und Hamburger Konsens mit den Beschlüssen von Bezirk und Bürgerschaft umgesetzt.

### *StadtRad*

Mit der Vollendung der vierten Ausbaustufe werden bis Ende 2017 insgesamt 2450 Fahrräder an insgesamt 209 Leihstationen zur Verfügung stehen. Mit dem weiteren Ausbau wird die Erfolgsgeschichte StadtRad weiter fortgeschrieben. Allein 1,6 Millionen Ausleihen im ersten Halbjahr 2016 belegen dies eindrucksvoll. Die Ausbreitung ist daher der richtige Schritt, um die Beliebtheit weiter zu steigern. Im Rahmen der Neuausschreibung für den Zeitraum ab 2019 ist es zudem perspektivisch richtig und wichtig, auch neue Angebote in das Programm aufzunehmen.

## Verbesserung im Parlamentsbetrieb

### **Interfraktionelle Initiative stärkt Bürgerschaft**

Die Bürgerschaft ist seit 1859 das Parlament der Freien und Hansestadt Hamburg. Vor etwas über 70 Jahren durften die Hamburger zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkrieges in freier und demokratischer Wahl ihr Landesparlament wählen. Seitdem ringen die Abgeordneten der Bürgerschaft gemeinsam um die besten Ideen und Lösungen für unsere Stadt.

Um die öffentliche Wahrnehmung der politischen Debatten und Beratungen der Bürgerschaft und ihrer Gremien zu erhöhen, wurde im Juni 2015 einvernehmlich der Unterausschuss „Stärkung der Hamburgischen Bürgerschaft“ eingesetzt, in dem Frank Schmitt aktiv mitgearbeitet hat. Gemeinsam haben sich SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP darin auf eine Reform der Abläufe der Bürgerschaft geeinigt, die im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht worden sind. Zu den wesentlichen Änderungen gehören die Abschaffung der Doppelsitzungen, eine Straffung der Redezeiten, die Einführung einer Senatsbefragung sowie die Vorverlegung des Sitzungsbeginns von 15 auf 13.30 Uhr. Bis Ende März 2018 sollen diese neuen Instrumente erprobt werden. Danach entscheidet die Bürgerschaft darüber, welche Regelungen dauerhaft übernommen werden.

Frank Schmitt hierzu: „Die parlamentarische Arbeit unterliegt dem ständigen Wandel und muss sich immer wieder selbst hinterfragen. Wir haben nach intensiven Beratungen ein Gesamtpaket geschnürt, das von einem breiten Konsens getragen wird und sicherstellt, dass wir nicht nur in Fragen der medialen Aufbereitung von Bürgerschaftssitzung auf der Höhe der

Zeit sind. Die Frage, wie die Bürgerschaft insgesamt noch effizienter und in der Außendarstellung interessanter werden kann, ist aber eine Daueraufgabe.“

## Rathaustermine

### Bürgerschaftssitzungen

Plenarsaal im Rathaus

Für die Sitzungen der Bürgerschaft sollten Sie frühzeitig einen der begrenzten Plätze kostenfrei im Büro von Frank Schmitt reservieren.

Mittwoch, 1. März, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 29. März, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 12. April, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 26. April, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 10. Mai, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 31. Mai, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 14. Juni, 13.30 Uhr  
Mittwoch, 28. Juni, 13.30 Uhr

### Ausschusssitzungen

Die Ausschüsse tagen **öffentlich**, einer **Anmeldung bedarf es nicht**.

#### *Verfassungs- und Bezirksausschuss*

Rathaus, Raum 151

Freitag, 7. April, 17 Uhr  
Dienstag, 2. Mai, 17 Uhr  
Dienstag, 30. Mai, 17 Uhr

#### *Familien-, Kinder- und Jugendausschuss*

Schmiedestr. 2, Saal 1

Freitag, 24. März, 17 Uhr  
Dienstag, 18. April, 17 Uhr  
Donnerstag, 1. Juni, 17 Uhr  
Dienstag, 27. Juni, 17 Uhr

#### *Verkehrsausschuss*

Schmiedestr. 2, Saal 1

Dienstag, 11. April, 17 Uhr  
Donnerstag, 18. Mai, 17 Uhr  
Donnerstag, 16. Juni, 17 Uhr

## Rathausführungen

### Rathausführung mit Bürgerschaftssitzung

Frank Schmitt führt seine Gäste persönlich durch das Rathaus. Im Anschluss verfolgen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Debatte der Bürgerschaft von der Loge aus.

Mittwoch, 12. April, 11:15 Uhr  
Mittwoch, 31. Mai, 11:15 Uhr  
Treffpunkt jeweils in der Rathausdiele

### **Rathausführung**

Erfahren Sie Neues über die Hamburger Politik und Geschichte. Frank Schmitt führt Sie persönlich durch das Rathaus. Sonnabend, 1. April, 13:30 Uhr Treffpunkt in der Rathausdiele  
Da die Zahl der Plätze begrenzt ist, melden Sie sich bitte frühzeitig im Abgeordnetenbüro an.

### **Rathausführung für Gruppen**

Wenn auch Sie mit einer Gruppe Erwachsener, Kinder oder Jugendlicher das historische Rathaus besuchen möchten, dann vereinbaren Sie gerne einen individuellen Termin.

### **Abgeordnetenbüro**

Frank Schmitt, MdHB  
SPD Abgeordnetenbüro  
Luruper Hauptstraße 274  
22547 Hamburg  
Telefon: (040) 876 004 66  
Fax: (040) 876 004 67  
E-Mail: [abgeordnetenbuero@frankschmitt.info](mailto:abgeordnetenbuero@frankschmitt.info)  
Internet: [www.frank-schmitt.info](http://www.frank-schmitt.info)

### **Öffnungszeiten**

Montags von 10 bis 13 Uhr

Dienstags von 14 bis 17 Uhr

Vereinbaren Sie außerhalb der Öffnungszeiten bitte einen Termin.

Während der Hamburger Frühjahrsferien vom 6. bis 17. März ist das Büro nicht zu den Öffnungszeiten besetzt.

### **Impressum**

V.i.S.d.P.: Frank Schmitt, MdHB  
Redaktion: Alexander Hund  
Luruper Hauptstraße 274  
22547 Hamburg